

Antragsteller: AfA-Reinickendorf

Musikschulen

Die Kreisdelegiertenversammlung Reinickendorf möge beschließen:

Der Landesparteitag Berlin möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder in Senat und Abgeordnetenhaus, die SPD-Bezirksbürgermeister und -stadträte werden aufgefordert, die Parteitagsbeschlüsse **24//2012, 03//2013, 92//2014 und 158//2014** endlich umzusetzen und weitere Festanstellungen bei den als Honorarkräften beschäftigten MusikschullehrerInnen vorzunehmen. Ein weiterer Aufschub ist nicht mehr hinnehmbar. Die SPD kann sich nicht einerseits für „Gute Arbeit“ einsetzen und andererseits einen Sektor mit gut 90% prekärer Arbeit (Honorartätigkeit) akzeptieren.

Statt mit zusätzlichen Geldern das Angebot auf Kosten der MusikschullehrerInnen weiter auszubauen, sollen diese Beträge in die Festanstellungen fließen. Hierzu sollen genaue Berechnungen über die Mehrkosten für Festanstellungen durchgeführt und diese im Doppelhaushalt 2016/17 eingeplant werden.

Ziel muss es sein, dass allen die es wünschen, eine Festanstellung angeboten wird.

Begründung: Berlin hat mit 90% bundesweit den höchsten Anteil an Honorarkräften an staatlichen Musikschulen. Honoraranstellungen beinhalten immer auch eine große Unsicherheit und Einschränkung sozialer Absicherung. Letztlich bedeutet dies die Durchführung von Leistungen auf Kosten der MitarbeiterInnen! Letztes Jahr erhöhten sich die Zuwendungen für die MusiklehrerInnen um 2,5 Millionen Euro. Trotz Parteitagsbeschlüssen wurden hierfür keine Festanstellungen vorgenommen! Mit 2,5 Millionen Euro könnte zweifellos eine deutliche Steigerung des Anteils von Angestellten vorgenommen werden.